

In der Tat, der Arbeitslose erhält für ein Jahr Arbeitslosigkeit 68 Prozent seines letzten Nettolohnes als Arbeitslosenunterstützung. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit wird er in die „Arbeitslosenfürsorge“ überführt und erhält weit weniger Unterstützung.

Von der Fürsorge leben zu müssen, das empfinden allerdings die weitaus meisten Arbeitslosen als deprimierend. Sie fühlen sich in ihrer Menschenwürde verletzt.

Sich in der Arbeit zu bestätigen, sich eine Existenzgrundlage zu erhalten, dieses Recht enthält ihnen der kapitalistische Staat vor. In seiner „Großzügigkeit“ stößt er Millionen an den Rand der Gesellschaft, versieht sie mit dem Makel des Nichtgebrauchtwerdens. Dafür ist selbst eine relativ hohe Arbeitslosenunterstützung nur ein Trostpflaster, lediglich eine Chance zum Überleben.

Die geprisene „Großzügigkeit“ des Staates erweist sich auch in anderer Hinsicht als Bluff. Forscht man nämlich danach, aus welchen Quellen die materiellen Mittel fließen, ob es Profit- oder Lohnbestandteile sind, so zeigt sich, daß es sich im wesentlichen um Lohnbestandteile handelt.

Jeder Arbeiter und Angestellte muß in der BRD von seinem Bruttolohn drei Prozent Arbeitslosenversicherung zahlen. In den vergangenen 15 bis 20 Jahren, in denen es in der BRD nur eine geringe Zahl von Arbeitslosen gab, flößen auf diese Weise dem Staat ungeheure Summen zu. Auch heute führen über 20 Millionen der Beschäftigten nach wie vor diese Steuern ab. Sie zahlen sich also sozusagen ihre Arbeitslosenunterstützung selbst aus. Und diese gesetzliche Regelung nach materieller Absicherung bei Arbeitslosigkeit wurde der Arbeiterklasse in der BRD auch nicht etwa geschenkt, sondern mußte in

harten sozialpolitischen Auseinandersetzungen durchgesetzt werden.

Schließlich darf ein weiterer und äußerst bedeutungsvoller Aspekt nicht außer acht gelassen werden. Heute, angesichts des realen Sozialismus und der Stärke der internationalen Arbeiterbewegung, ist der Kapitalismus gezwungen, einer möglichen Massenverelendung mit all den sozialen und politischen Folgen für die kapitalistische Gesellschaft, wie sie zum Beispiel in der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 auftrat, entgegenzuwirken. Er steht unter dem Druck der Beispielkraft des Sozialismus; er sieht sich der Tatsache gegenüber, daß in den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft dynamische Wirtschaftsentwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit auf allen Gebieten von der Überlegenheit der sozialistischen über die kapitalistische Ordnung zeugen. Vor allen Dingen die BRD, in der das Monopolkapital unmittelbar an der Scheidelinie zwischen Sozialismus und Imperialismus existiert, muß dem Rechnung tragen.

Maximalprofit statt sozialer Sicherheit

Zweifellos greift der wissenschaftlich-technische Fortschritt tief in die Berufs- und Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse ein, verschwinden bisherige Berufsbilder sowie Berufe, und neue werden geschaffen. Doch das ist nicht das gesellschaftliche Problem. Es geht um die Lösung dieser komplizierten und schwierigen Problematik unter Berücksichtigung der sozialen Existenzbedingungen der Arbeiterklasse.

Nicht wenige Konzerne in der Druck-, Metall- und Uhrenindustrie der BRD haben bisher Rationalisierungslösungen durchgesetzt, die — wie im

In der BRD zeigt sich deutlich, daß der größere technische Fortschritt mit größerer Arbeitslosigkeit einhergeht. Das umschreibt man demagogisch mit „sozialen Rationalisierungsfolgen“.

Hierbei geht es aber nicht nur um diesen oder jenen Arbeitsplatz. Es geht um die Arbeitsplätze ganzer Berufsgruppen und um deren Qualifikation, die — bei allem Auf und Ab in Krisen und bei Konjunktur — bisher in der Regel die Existenzgrundlage für ein ganzes Arbeiterleben im Kapitalismus waren.

Die forcierte Rationalisierung hat von 1973 bis 1974 die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze in der BRD um fast zwei Millionen vermindert, und 1978 werden weitere 300 000 bis 400 000 Arbeitsplätze beseitigt.

Diese Realität des „modernen“ Kapitalismus bestätigt jene vor über 100 Jahren getroffene Aussage von Karl Marx, daß sich die neuen Quellen des Reichtums, wie die Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, im Kapitalismus für die Werkstätigen zu Quellen der Not verwandeln.²

Programmwurf der DKP hervorgehoben wird — den „Mißbrauch des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die Profitmaximierung“ deutlich zum Ausdruck bringen. Auch sozialdemokratische Stimmen heben hervor, daß der „technische Fortschritt einseitig auf die Unternehmer gewinne hin organisiert“ wird. Allein die Unternehmer in der Druckindustrie erzielten von 1973 bis 1977 einen „Rationalisierungsgewinn“ von 1,7 Milliarden Mark. Im Maschinenbau stiegen 1977 die Profite gegenüber 1976 um 43 und in der Autoindustrie sogar um 273 Prozent. Andererseits weist der